

Mitte Altona Live-Protokoll des Bürgerforums vom 15.09.2011

Am 15.09.2011 wurde ein Bürgerforum zum Verfahrensstand der Masterplanerarbeitung des Projektes Mitte Altona durchgeführt. Im Folgenden werden die Inhalte dieser Veranstaltung als Live-Protokoll dargestellt.

Moderation:

Dr. Gesa Birnkraut
Birnkraut und Partner

Alle Informationen und Dokumente zum Verfahren sind auf der Internetseite des Projektes abrufbar:
www.hamburg.de/mitte-altona

Dokumentation

steg Hamburg mbH
Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft
Schulterblatt 26-36
20357 Hamburg

1. Begrüßung und Auftakt

Frau Dr. Birnkraut begrüßt die Teilnehmer der Veranstaltung. Sie weist darauf hin, dass während der Veranstaltung ein Live-Protokoll für alle Teilnehmer sichtbar erstellt wird, so dass Änderungen und Ergänzungen jederzeit auch während der Veranstaltung aufgenommen werden können.

Da einige Bürger und Interessensgruppen den Prozess kritisch begleiten, wird diesen zu Beginn der Veranstaltung die Möglichkeit eingeräumt, zu Ihren Positionen und Forderungen Stellung zu beziehen:

Herr Dr. Leske (altopia):

Wir freuen uns, dass wir die Gelegenheit haben an dieser Veranstaltung teilhaben zu dürfen und zudem gleich als erstes sprechen zu dürfen. Die Tatsache dass heute auch Politiker da sind, erfreut uns sehr.

Wir sind jedoch in hohem Maße unzufrieden. Wir haben aus dem bisherigen Verfahren entnehmen können, dass ein hohes Maß an Konfliktpotential und nur ein geringes Vertrauenspotential vorhanden ist. Wir möchten daher die Fragen stellen, die wir uns selbst gestellt haben:

Bei den 30 Mio. Euro, die für die Erschließungskosten vorgesehen sind, handelt es sich nicht um eine unverbindliche Schätzung. Es klingt für uns so, als sei dies schon in einem Vertrag beschlossen. Wir sind der Auffassung, dass sich die Stadt bei diesem Thema über den Tisch ziehen lässt. Die Investoren haben hier nur eine sogenannte Morgengabe zugesagt. Von der ECE haben wir gehört, dass dies Höchstwerte sind. Wenn die Sache für die Investoren teurer wird, müssen die Investoren diese Zusatzkosten dann jedoch wieder von den Zusagen an die Stadt abziehen?

Wir wissen auch nicht, ob die Stadt das Gelände, auf dem der Park entstehen soll, gekauft hat oder so von den Eigentümern bekommt.

Herr Wagner:

Die Veranstaltung ist gut und professionell organisiert, jedoch gibt es einige Fragen zu den Zahlen der vergangenen Veranstaltungen.

Der Wertzuwachs an Grundstücken von 112 Mio. Euro bedeutet abzüglich der Kosten für die Altlastensanierung einen Gewinn von 70 Mio. Euro für die Eigentümer. Schaut man noch etwas weiter in die Zukunft, so kann man sagen, dass die Investoren in zwei Jahren durch Wohnungsveräußerungen 120 Mio. Euro verdienen können.

Wenn die Stadt viel Geld in diese Baumaßnahme investiert, dann soll die Stadt auch eine hohe Rendite erzielen und die Eigentümer daher stärker an Kosten beteiligen. Dies ist mein persönlicher Wunsch.

Herr Bloem:

Es herrscht Verwunderung darüber, wie dieses Verfahren läuft. Es wird viel Gas gegeben, jedoch sind viele Fragen unbeantwortet. Wie beispielsweise die Frage, was nun mit der Bahn ist? Von den Bürgern wird jedoch nicht nur Kritik geäußert, sondern es werden auch Alternativen aufgezeigt, zu denen bisher nicht Stellung genommen wurde. Es soll ein vielfältiger Stadtteil entstehen, doch bei nur vier Investoren kann jedoch kaum ein lebendiger Stadtteil errichtet werden. Ein Vorschlag wäre daher, die Grundstücke für viele verschiedene Nutzer aufzuteilen. Ferner muss es mehr Beteiligung geben, auch bei der Umsetzung. Hierbei sollten möglichst viele Menschen mitmachen.

Herr Dr. Leske (altopia):

Der südliche Teil des Gebiets ist im Jahre 2007 durch den Kauf der Firma aurelis durch Hochtief von der Deutschen Bahn gekauft worden. Es ist ein schwerer Sündenfall, dass Bahnflächen an private Investoren verkauft wurden, und das für einen deutschlandweiten Durchschnittspreis von 82 EUR pro qm. Die Flächen konnten also güns-

tig gekauft werden, daher sollte die aurelis der Stadt nun weit entgegenkommen. Viele haben das Anliegen, Baugenossenschaften zu gründen.

Die große Sorge ist, dass Anwohner aus angrenzenden Gebieten verdrängt werden und im neuen Baugebiet keine Flächen für sie vorgesehen sind. Was sind schon nur 200 Wohnungen der SAGA von insgesamt 1.800 Wohnungen. Der Drittmix, der im Quartier entstehen soll, gefällt den Bürgern nicht.

Herr Trapp (Lux und Konsorten):

Gewerbeflächen werden in hochpreisigen Wohnraum umgewandelt, die nur für diejenigen Menschen sind, die unserer Meinung nach hier nicht hingehören. Die ansässigen Gewerbetreibenden werden verdrängt. Da viel Geld verdient werden kann, muss die Sache beleuchtet werden.

Wir fordern Ausgleichsflächen, damit Gewerbetreibende nicht aus der Stadt verdrängt werden. Insbesondere die kleinen Unternehmen werden heute häufig einfach verdrängt. Jedoch brauchen auch die Bürger die kleineren Unternehmen. Und letztendlich müssen auch die kleineren Gewerbebetriebe das Recht haben, überleben zu dürfen und können.

Zu Diesen Stellungnahmen äußert sich **Prof. Walter:**

Zum Verfahren:

Das Beteiligungsverfahren endet jetzt überhaupt nicht. Es steht noch eine Reihe von Terminen im weiteren Verfahrensablauf an. Geplant ist ein längerer Prozess, so dass in der gesamten Umsetzung des Projektes die Bürgerbeteiligung zu organisieren ist. Dies wird auch geschehen.

Zu den Inhalten:

Es findet eine Aufwertung statt, dies ist unbestritten. Das Thema Wertschöpfung wird noch in weiteren Veranstaltungen vertieft, daher nur kurze Bemerkungen: Der Gutachterausschuss kommt nicht auf die Werte von Herrn Wagner und für die Stadt ist die Aussage des Gutachterausschusses maßgeblich. Es gibt Differenzen zwischen denjenigen, die bauen und der Stadt. Nicht überall im Wohnungsbau kann eine Rendite von 20% und mehr gewährleistet werden [wie in der Rechnung von Hr. Wagner], daher sind die genannten Zahlen zu hinterfragen. Bei einem Drittmix für Wohnungsbau werden 500 bis 600 geförderte Wohnungen errichtet. Daher können nicht nur 200 Wohnungen dem sozialen Wohnungsbau zugeschrieben werden, wie eben genannt. Die Gewinnerwartung liegt im geförderten Wohnungsbau meist nur bei 5 bis 6 Prozent. Es spielen jedoch im gesamten Verfahren viele Zahlen eine Rolle, auf die im nächsten Termin genauer eingegangen werden soll.

Zu den Zielen der Stadt:

Die Stadt will einen gemischten Stadtteil. Es ist ein wichtiges Thema, wie die Gewerbetreibenden auf dem Gelände gehalten werden können. Verabredet ist, dass die aurelis ein Konzept für die künftige [gewerbliche] Nutzung der Güterhalle entwirft.

Zum Wohnungsbau: Auch Baugemeinschaften werden vertreten sein. Es wird eine kleinteilige Differenzierung des Wohnungsbaus geben. Der Entwurf von Herrn Poitiers ermöglicht dies und unterscheidet sich in diesem Punkt nicht von der Vorstellungen/ alternativen Planungen von Herrn Bloem.

2. Vortrag

Die Präsentation ist der Homepage des Projektes zu entnehmen:

<http://www.hamburg.de/contentblob/3078088/data/presentation-buergerforum-15-9-2011.pdf>

Vortragende:

Prof. Jörn Walter

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Oberbaudirektor

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter

Prof. em. Helmut-Schmidt-Universität

3. Podium und Rückfragen

Auf dem Podium sind folgende Personen vertreten:

Mark Classen, SPD

Mitglied der Bezirksversammlung Altona, Vorsitzender des Planungsausschusses

Hans-Detlev Roock, CDU

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses

Prof. Jörn Walter

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Oberbaudirektor

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter

Prof. em. Helmut-Schmidt-Universität

Es sind noch weitere Politiker im Saal unter den Zuschauern vertreten. Als solche stellen sich vor:

Christian Trede, GAL

Thomas Adrian, SPD

Heike Sudmann, Die Linke

Wolfgang Ziegert, Die Linke

Robert Jarowoy, Die Linke

Die auf dem Podium vertretenen Politiker geben folgende Stellungnahmen ab:

Herr Roock:

Bei solch einem großen Verfahren ist natürlich Konfliktpotential vorhanden. Man muss versuchen, die Konflikte zu lösen. Zu den Zahlen kann momentan nichts Genaues gesagt werden. Es ist wichtig, dass die BSU dies noch einmal bewertet. Mit der Bürgerbeteiligung wurde in diesem Verfahren ein neuer Weg gewählt. Bei solch einem großen Projekt ist dies auch wichtig und notwendig.

Die Bürgerbeteiligung sollte für die weiteren Schritte noch modifiziert werden und noch transparenter und niedrighschwelliger sein. Man muss im Wohnungsbau für das neue Quartier zu der genannten Drittellösung kommen. Wenn höhere Anteile an gefördertem Wohnungsbau errichtet werden, gibt es schlechte Beispiele aus der Vergangenheit, dessen Konflikte heute noch belastend sind.

Herr Classen:

Bürgerbeteiligung sollte eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber noch nicht. Die Bezirksversammlung hat der Bürgerschaft in diesem Verfahren das Beteiligungsverfahren abgerungen. Das Misstrauen unter den Bürgern ist verständlich, da in der Vergangenheit nur wenige Wohnungen entstanden sind und diese meist Eigentumswohnungen waren.

Zum Plan von Herrn Bloem: Wo sind die Holsten-Brauerei und deren Arbeitsplätze? Diese wurde überplant?!

Die Drittellösung stellt soziale Mindeststandards dar, die eingehalten werden sollen. Mit den Eigentümern werden die Einzelheiten zur sozialen Infrastruktur und welche Art von Wohnungen entstehen werden, noch geklärt. Es ist nun die Aufgabe des Beteiligungsverfahrens, den Masterplan mit Leben zu füllen.

Im Anschluss besteht die Möglichkeit zu Rückfragen:

Anwohner:

Herr Wagner hat eine Beispielrechnung vorgelegt, woraufhin die Vorstellung einer Gegenrechnung zugesagt wurde, welches jedoch nicht erfolgt ist. Dies ist enttäuschend. Zu vielen Punkten, die städtebaulich angesprochen wurden, wie z.B. Kleinteiligkeit etc., gibt es noch kein Feedback. Der Zeitstrahl ist sehr kurz; Informationen darüber, was von den Bürgerforderungen umgesetzt worden ist, kommen beim Bürger nicht an. Herr Gerdemann, der heute nicht da ist, wollte dies vorstellen. Man bekommt keine Rückmeldungen, dies wird vermisst.

Anwohner:

Wie gewichtet man die erarbeiteten Empfehlungen? Diese sollten in eine Art Abstimmung kommen, so dass mit Hilfe der Bürger klar wird, was wie gewichtet ist. Die Frage ist, wie sich der Ablauf zum Begleitgremium darstellt. Das Thema Verkehr fehlt und wird bis Mitte 2012 wohl nicht thematisiert. Dies sollte eventuell auch in einer Fokusgruppe aufgegriffen werden.

Prof. Walter:

Der Masterplan wird noch überarbeitet und das heute Gesagte wird auch aufgenommen. Der Entwurf wird Ende Oktober konkretisiert. Der Masterplan wird einiges zur Baustruktur und Verkehrsplanung sagen, wobei nicht alle Details schon im Masterplan geregelt werden. Viele Details, die auch schon angesprochen und auf den letzten Veranstaltungen diskutiert wurden, werden erst in weiteren Verfahrensschritten geregelt, nicht bereits im Masterplan. Der Masterplan wird im Anschluss nochmal vorgestellt und in allen Gremien diskutiert.

Prof. Dr. Gessenharter:

Am Anfang wurde etwas blauäugig gesagt, dass heute schon über Empfehlungen abgestimmt werden kann. Es wird jedoch mehr Zeit benötigt, die vielen Empfehlungen einzuarbeiten, zu kategorisieren und hierzu Stellung zu nehmen. Vorstellbar ist, dass dies auch in einem größeren Gremium geschehen wird.

Es ist zu berücksichtigen, dass es auch innerhalb der Bevölkerung inhaltliche Konflikte gibt. Auch hier gibt es nicht immer klare Positionen.

Das was am Ende beschlossen wird, wird dann auch entweder umgesetzt oder es wird öffentlich begründet, warum es nicht umgesetzt wird/ umgesetzt werden kann.

Zur Besetzung des Beteiligungsgremiums gibt es zwei Möglichkeiten: entweder es wird gewählt oder es wird gelöst. Es könnte ebenso nach einem halben Jahr ersetzt werden. Hier gibt es noch keine Festlegungen.

Gewerbetreibender:

Meine Äußerungen sind nicht nur im Interesse der Gewerbetreibenden, sondern persönlich. Ich war schon auf vielen Veranstaltungen und die Geduld geht so langsam zu Ende. Was ist aus den Themen geworden, die schon eingebracht wurden? Wie z.B. zu den Baumassen: Sie sind zu dicht und zu hoch, es gibt sehr viele 7- und 8-geschossige Gebäude. Zweiter Themenbereich sind Baugemeinschaften: wie soll sichergestellt werden, dass private Investoren die Flächen auch wirklich an Baugemeinschaften vergeben?

Heute sind ca. 225 Arbeitsplätze vor Ort. Es hat keiner gesehen, dass dies wirklich so viele sind. Die aurelis hat bisher wenigen Gewerbebetrieben, die auf Ihrem Grundstück ansässig sind, Angebote für einen künftigen Standort auf den Flächen gemacht. Bisher geht es um ein Fünftel der Betriebe. Positiv ist, dass es auch hier zu einer Abstimmung kommt.

Im Preisgericht wurde darauf hingewiesen, dass der Erhalt des sogenannten Fachwerkhauses geprüft werden soll. Die Jury hat die Empfehlung, dies zu prüfen, so ausgegeben. In dem aktuellen Entwurf ist dieses Haus jedoch

weg. Es sollte aber die Aufgabe für die Planer sein zu diskutieren, wie man auch Stadtplanung mit dem Erhalt solcher alten Häusern machen kann.

Anwohner:

In der Schweiz gibt es das Beispiel des Gotthard-Basistunnels. Dort wurde vor der Planung eine Volksabstimmung zur Realisierung des Projektes durchgeführt. In Altona ist es anders verlaufen, das Gelände liegt schon lange brach. Wieso wurde die Bahn noch nicht dazu geholt? Warum hat man nicht die Bevölkerung gefragt, wie sie zu den Plänen der Bahnverlagerung steht?

Als das Beteiligungsverfahren eingeleitet wurde, wurde schon der Wettbewerb vorbereitet. Dies ist nicht ein Verfahren, wie man sich eine Beteiligung vorstellt. Plötzlich sind Häuser schon weg und Pläne scheinen in den Schubladen schon längst fertig zu sein.

Anwohnerin:

Ich war geschockt vom letzten Workshop. Innerhalb der ersten halben Stunde einer Arbeitsgruppe wurde uns nicht die Möglichkeit gegeben, eine Frage zu stellen. Wenn der Begriff Bürgerbeteiligung ernst gemeint ist, dann muss es besser gemacht werden.

In Hamburg sind in den letzten Jahren viele Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus gefallen. Seit 2002 wurde kein geförderter Wohnungsbau mehr realisiert. In den letzten Jahren entstanden viele Eigentumswohnungen und im freien Mietbereich sind die Wohnungen teuer. Wieso analysiert man nicht, wie viele Wohnungen in den nächsten acht Jahren aus der Förderung herausfallen?

Prof. Walter:

Zur Wohnungsbauförderung: Hamburg hat in den letzten Jahren stets pro Jahr 1.000 geförderte Wohnungen gebaut. Bei vielen Wohnungen aus 50er und 60er Jahren laufen jedoch die Bindungen aus. Mehr Bindungsrechte zu bekommen ist für die Stadt ein Thema, wobei es wichtig ist, dass dies nicht an einem Ort, sondern verteilt über die gesamte Stadt geschieht. Eine Bündelung scheint auch für Altona nicht das Richtige zu sein. Das zweite Thema ist der Rückkauf von Bindungen.

Die städtebauliche Dichte scheint zu den benachbarten Stadtteilen zu passen. Die im Schnitt 5- bis 6-geschossige Bebauung entspricht dem Umfeld, wo überwiegend 5- bis 6-geschossiger Wohnungsbau vorhanden ist.

Einwand von Bürgern: es müsste doch auch niedrigere Geschosse geben, wenn der Durchschnitt 5,5 [5- bis 6-geschossig] ist, da im Masterplan auch höhere Geschosse verzeichnet sind.

Herr Walter korrigiert, dass es überwiegend 5 bis 6 Geschosse gibt, nicht durchschnittlich. Es soll eine typische Blockrandbebauung herrschen, welches der Entwurf erfüllt.

Zur Frage nach dem Fachwerkhaus: Es gab im Wettbewerb eine vorgeschlagene 10-geschossige Bebauung an dieser Stelle. Dies wurde nicht gewollt und es sollte geprüft werden, ob der Fachwerkbau erhalten werden kann. Wenn dieses Haus erhalten wird, muss es jedoch saniert werden, was sehr teuer wird, wodurch man die heutigen Mieter nicht zu den gleichen Konditionen wie heute in dem Gebäude halten kann. Eine Idee, die nun geprüft wird, ist daher, diese Mieter in den Güterhallen unterzubringen. Dies wird momentan von der Vermieterin aurelis geprüft.

Frau Sudmann:

Es ist wichtig zu verstehen, was Beteiligung heißt. Haben die BürgerInnen die Möglichkeit, wirklich zu sagen „Das gefällt mir überhaupt nicht.“? Es sollten auch nicht zu viele Beteiligungsveranstaltungen werden.

Es klingt so, dass von Seiten der Stadt gar nicht erst versucht wird, über eine Entwicklungsmaßnahme selbst einzugreifen. Man kann jedoch auch 70 Prozent geförderten Wohnungsbau realisieren.

Und was passiert mit den Gewerbetreibenden? Angebote wurden gemacht, jedoch können viele die hohen Preise nicht bezahlen.

Es ist wichtig, die Gelegenheit zu bekommen, bei den Politikern noch einmal unser Hauptanliegen vorzubringen. Der Zeitstrahl ist hierfür jedoch viel zu kurz.

Es sollte eine Broschüre mit einer Übersicht der Bürgerempfehlungen entstehen, so dass man dann hätte sehen können, was mit den Vorschlägen der Bürger passiert. Wenn jetzt von einer Abstimmung gesprochen wird, dann ist die Frage, wann diese denn nun stattfinden soll?

Der Zeitdruck muss aus der Planung raus. Die Bürger haben zunächst wenige Informationen bekommen, daraufhin ein wenig mehr und in letzter Zeit sehr viele Informationen. Dies wäre von Beginn an notwendig gewesen. Die Frage ist, ob nicht der Zug erst einmal zum Halten gebracht werden muss.

Herr Roock:

Zum Zeitstrahl: Wir können diesen ambitionierten Zeitstrahl nicht einhalten. Es muss erst die Arbeit am Masterplan beendet werden, danach wird dies zu Beratungen in die Bezirksabstimmung und anschließend in die Bürgerschaft eingegeben.

Herr Classen:

Das Versäumnis ist, dass die Bürgerbeteiligung nicht weit vor Auslobung des Wettbewerbs begonnen wurde. Die Forderung nach Moratorium ist jedoch abwegig. Fest steht, dass die 1.500 Wohnungen dringend gebraucht werden. Der Entwurf von Herrn Poitiers ist sehr gelungen. Wie lange soll mit dem Bau noch gewartet werden? Es muss klar sein, dass es um dringend benötigten Wohnraum geht. Es ist mindestens ein Drittel geförderter Wohnungsbau und maximal ein Drittel Eigentumswohnungen vorhanden. Für die Realisierung der Wohnungen wird sich eingesetzt.

Prof. Dr. Gessenharter:

Es ist zu klären, wo verhandelt werden soll – entweder in Fokusgruppen oder in großen Runden. Es geht um die Verhandlungen der BürgerInnen untereinander und mit den anderen Akteuren, welche nicht konfliktfrei sind. Wenn man da zu einem Konsens kommt, dann ist der auch nachhaltig, welches aber auch Zeit kosten kann.

Die Broschüre mit den Bürgerempfehlungen wird es Ende Oktober oder im November geben.

Anwohner:

Ich habe gehört, dass die Verlegung des Bahnhofs auf die lange Bank geschoben wird. Wenn die Verlegung nicht realisiert wird, ist doch gar nicht klar, von welchen Flächen dann überhaupt die Rede ist. Es geht dann um ein viel kleineres Areal, das auch noch stark lärmbehaftet ist. Die verkehrliche Situation muss geklärt werden, da nicht klar ist, von welchem Areal bei den Planungen überhaupt die Rede ist. Es entsteht der Eindruck, dass sich die Stadt hier von der Bahn vorführen lässt. Es scheint als würden lediglich die Interessen der Investoren wahrgenommen werden.

Anwohner:

Zwei Bürgerempfehlungen der Open Space Workshops: Die BürgerInnen wünschten sich, dass zügig eine Ausgestaltung des Quartiers angegangen wird. Es können sich auch mal nur kleine Gruppen zur Ausarbeitung eines Themas bilden, die dann aber eine Verbindung zu größeren Gremien brauchen.

Erwünscht ist, dass die BürgerInnen früher eingebunden werden und dass auch ihnen die Grundstücke angeboten werden. Singlewohnungen werden genauso wie große Familienwohnungen benötigt. Familien ziehen heute häufig nach außerhalb, weil sie sich innerstädtische Wohnungen nicht mehr leisten können.

Warum bekommen nur solche Investoren wie die jetzigen die Grundstücke? Warum kann man nicht z.B. auch der SAGA Grundstücke anbieten? Die Stadt verdient Geld mit den Grundstücken und kann die Infrastruktur schaffen. Die Ausgestaltung des Stadtteils sollte zusätzlich Einfluss auf die Ausgestaltung des Masterplans nehmen.

Herr Classen:

Diese Grundstücke gehörten nie der Stadt. Im Norden gehören die Flächen der Holsten Brauerei, dann der aurelis und einem weiteren Konsortium [112. Panta]. Die Stadt kann daher Bürgern oder anderen Investoren keine Flächen anbieten. Die Stadt kann jedoch mit den Eigentümern verhandeln, da erst im Bebauungsplanverfahren konkretes Baurecht gegeben wird, welches noch folgt. Es fällt somit hier noch nicht die Klappe, sondern es können auch weiterhin Veränderungen eingearbeitet werden.

Prof. Dr. Gessenharter:

Zu der Frage der zügigen Ausgestaltung: Es ist Wunsch von vielen in der Bevölkerung, dieses Projekt zügig umzusetzen. Man braucht für die Planungen so etwas wie einen Masterplan, der jedoch immer noch flexibel ist. Wenn es um Abstimmungen über die Planungen durch ein Bürgergremium geht, stellt sich immer die Frage, welches Mandat die Gruppe für diese Abstimmungen hat.

Herr Roock:

Es herrscht momentan noch Unklarheit, wie ein Beteiligungsverfahren für den weiteren Prozess genau auszusehen hat. Klar ist jedoch, dass im weiteren Verfahren bis zur Umsetzung des Projektes noch mehrere Stufen folgen.

Prof. Walter:

Die Frage, wann die Bahnverlagerung wirklich kommt, ist noch offen. Dies liegt auch daran, dass die Bahn von Finanzierung durch den Bund abhängig ist. Der Masterplan ist jedoch so aufgebaut, dass es zwei Bauabschnitte gibt und der erste davon auch ohne eine Bahnverlagerung umgesetzt werden kann.

Zu dem Spannungsverhältnis: Wenn man einen Beteiligungsprozess hat, müssen auch Zwischenstände festgelegt werden. Es gibt bei einem solchen Projekt immer mehrere Etappen. In diesem Fall war es als Erstes die Architekturolympiade, zweitens folgte der Wettbewerb und nun drittens der Masterplan. Solche Schritte sind unter anderem auch notwendig, damit von den Eigentümern die Zusage zur Finanzierung gegeben wird. Denn Eigentümer zahlen nicht, wenn sie nicht wissen wofür sie bezahlen sollen.

In Hamburg gibt es deutlich zu wenige Wohnungen, deshalb ist dieses Projekt eine Chance für Hamburg.

Herr Bloem:

Ich habe das Eckpunktepapier bisher noch nicht von der BSU bekommen, obwohl es angefragt wurde. Von Seiten der BSU kommt leider wenig Informationsmaterial.

Das Holstengelände wurde im Entwurf weggelassen, obwohl es nach meinem Kenntnisstand unklar ist, ob die Holsten bleibt. Dies ist aber auch nur ein Entwurf, der noch verändert werden kann. Sie haben in Ihren Planungen jedoch nicht den nördlichen Teil des Gebietes weitergedacht [Postgelände].

Es wird sicherlich noch eine weitere Veranstaltung benötigt. Die Vorschläge der Bürger müssen mit in den Prozess einfließen. Es wird ein klarer Zeithorizont benötigt, so dass die Bürger wissen, wann der Rahmenplan der Bürgerschaft vorgelegt wird. Es wird ebenso darum gebeten, den Bürgern mehr Zeit zu geben.

In den letzten Monaten ist kritisches aber konstruktives Potential entstanden. In diesem Moment, in dem soviel Wissen erarbeitet wurde, wird eine Veranstaltung gebraucht, um das Papier [zum Masterplan] auszugestalten. Viele positive Erwartungen sind nicht vorhanden, etwas Positives soll aber erreicht werden.

Es ist eine große Chance, die die Bürger und die Stadt Hamburg haben, die mit diesem Projekt mitten in der Stadt entsteht. Bezahlbarer Wohnraum, d.h. die 1.500 Wohnungen, müssen her, die Frage ist nur, wie. In Berlin wurden beispielsweise Bettenburgen hochgezogen, dies ist ein sehr sensibles Thema. Über solche Punkte muss vorher nachgedacht werden.

Prof. Gessenharter:

Die Detailarbeit ist noch zu erledigen, ob es noch eine kleinere Veranstaltung geben wird, steht noch nicht fest. Es ist jedoch klar, dass dies keine konfliktfreie Diskussion wird, auch unter den Bürgern.

Herr Classen:

Es geht nicht darum, dass Bettenburgen hochgezogen werden. Es geht um eine lebendige Stadt, und diese Chance bietet der vorliegende Entwurf. Wichtig ist, dass wir sehen müssen, dass Altona an diesem Prozess beteiligt ist. Im alten Vorbehaltsgebiet war Altona kaum beteiligt, dies ist verhindert worden. Es gibt nun ein neues Kooperationsverfahren auch unter Beteiligung der Altonaer Gremien. Dadurch dauert das Verfahren natürlich etwas länger.

Herr Roock:

Das stimmt so nicht ganz, auch in alter Senatsdrucksache stand genau diese Beteiligung des Bezirks schon drin.

Prof Walter:

In der Senatsdrucksache stehen viele Dinge. Es ist wichtig, dass die Bürger die wesentlichen Eckpunkte kennen. Bis Ende Oktober soll die Drucksache zum Masterplan abgeschlossen werden. Es wird dann die Broschüre von Herrn Gessenharter mit den Bürgerempfehlungen geben.

In einem solchen Planungsprozess bauen viele Schritte aufeinander auf. Im jetzigen Schritt können nur einige Dinge geregelt werden. Weitere werden erst in den kommenden Schritten folgen. Wir sehen, dass sich bisher viele mit hohem Freizeitaufwand engagiert haben. Die Kritik, die geäußert wird, kommt jedoch nicht generell gegen das Projekt, sondern meist in den Details. Den Beweis, dass die Forderungen der Bürger auch umgesetzt, können wir natürlich erst im Nachhinein erbringen.

Frage aus dem Publikum:

Wird es die Broschüre als Vorabzug im Internet geben?

Prof. Gessenharter:

Ja. Ende Oktober oder Anfang November wird die Broschüre erscheinen.

4. Nächste Termine

Die nächsten Termine sind:

27.10.2011 Interessentenkreis

24.11.2011 Interessentenkreis

Weitere Termine werden folgen.



Auftraggeberin:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

sowie:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung



Auftragnehmerinnen:

Vorbereitende Untersuchungen und Integrierte Kommunikation Mitte Altona:

steg Hamburg mbH

Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft

Kontakt:

mitte-altona@steg-hamburg.de

16.09.2011